

Die deutschen Terroristen haben keine großen Chancen mehr. Ihnen fehlt der ideologische Kopf. Es treibt sie nur noch die Lust am Terror. Zu dieser Auffassung gelangt der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg, Hans Josef Horcherm

Terroristen ohne Chance

Ein internationales Netz politischer Gewalttäter gibt es nicht Von Hans Josef Horchern

Die Entführung der Air-France-Maschine durch ein deutsch-palästinensisches Kommando nach Uganda hat erneut gezeigt, wie verwundbar, wie hilflos westliche Demokratien gegenüber dem internationalen Terrorismus sind. Auch dieses Attentat hat keine Resolution der Vereinten Nationen gegen den Terrorismus gebracht. Zu viele Mitgliedstaaten verdanken ihr Entstehen der Guerilla und ihr Fortbestehen dem Terror. Die widerstreitenden Interessen der europäischen Länder machen es praktisch unmöglich, unser Rechtssystem hindert es ohnehin, eine Einheit aufzubauen, ein mobiles Einsatzkommando, das — ähnlich den Israelis — auch außerhalb Europas Vergeltungs- und Rettungsaktionen durchführen könnte.

Der Abschreckungseffekt, den die Sowjets aufrechterhalten, ist für uns nicht zu erreichen. „Wir werden niemals sowjetische Einrichtungen oder Bürger der Sowjetunion angreifen“, erklärte vor einigen Monaten ein Libanese, der Zugang zum Führungsgremium der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) des Georges Habash hat. Die Vermutung, dies beruhe wohl auf gemeinsamen ideologischen Wünschen, wischte er zur Seite: „Wir wissen, daß die Aktivisten und ihre Auftraggeber danach gnadenlos vom KGB gejagt und umgebracht würden.“ Gegenüber dem internationalen Terrorismus bleiben uns letztlich also nur Maßnahmen der vorbeugenden Sicherheit. Wie lasch diese manchmal von den betroffenen Ländern und Fluggesellschaften gehandhabt werden, zeigen die Ergebnisse von Athen und Entebbe.

Die Resignation wird vertieft durch die Erfahrung, daß unsere Haftanstalten noch immer nicht sicher sind vor Ausbruchsversuchen zu allem entschlossener Terroristen. Solange die Justizbehörden einiger Länder die Haft nur als Rahmen für Resozialisierungsversuche und nicht auch als Strafe verstehen, solange Sozialhelfer außerhalb des Strafvollzugs die Gefangenenbetreuung als Exerzierfeld für gesellschaftspolitische Experimente nutzen können, wird sich daran wohl wenig ändern. Die Beamten der Sicherheitsbehörden, die für die Aufklärung und Festnahme der Terroristen verantwortlich sind, werdendafür wenig Verständnis haben.

Der deutsche Terrorismus hat dennoch keine Chancen: Er wird die Ziele, die er sich gesetzt hat, nicht erreichen können. Die Baader-Meinhof- Bande, die sich „Rote Armee Fraktion“ (RAF) nannte, wollte eine Stadt-Guerilla aufbauen und über sie eine revolutionäre Situation in

der Bundesrepublik herbeiführen. Abgesehen von der überwiegend folgerichtigen Reaktion der staatlichen Organe ist dieses Konzept vor allem daran gescheitert, daß die führenden Mitglieder der RAF versuchten, Rezepte aus der Dritten Welt ohne ausreichende Korrektur unmittelbar auf Deutschland zu übertragen. Herrschaftsverhältnisse und soziale Lage in Brasilien oder Uruguay gleichen aber nicht der gesellschaftspolitischen Situation in der Bundesrepublik. Der klügste Kopf der Baader-Meinhof-Bande, Horst Mahler, hat dieses als erster erkannt. Er verließ die RAF und schloß sich der Splitterorganisation KPD an. Die Einsicht in diese Fehlkonzeption wird auch zum Selbstmord von Frau Meinhof beigetragen haben.

Geblichen sind der „Machismo“ von Andreas Baader und das Geltungsbedürfnis von Gudrun Ensslin. Sie und die anderen inhaftierten Mitglieder des harten Kerns sind jetzt nur noch Fossilien hinter Gittern, die kaum noch Aktionen aus den Zellen steuern können. Im Vergleich zu ihnen, die aus einer ursprünglich ideologischen Motivation immerhin ein strategisches Konzept zu entwickeln in der Lage waren, ist alles, was sich danach und parallel organisierte, nur noch schwache Nachahmung. Die „Bewegung 2. Juni“ ist zerschlagen. Selbst wenn die noch nicht wieder ergriffenen der vier in Berlin entflohenen Mitglieder des „2. Juni“ sich der noch nicht aufgeklärten „Revolutionären Zeile“ anschließen könnten, dürften sie nicht über taktische Operationen hinauskommen. Die Aktivisten der Nachfolgegruppen RAF/AO (Aufbau-Organisation) und „Bewegung der Revolutionären Linken“ wurden inzwischen ebenfalls festgenommen, sind verurteilt oder erwarten ihre Prozesse. Falls die deutschen Terroristen in naher Zukunft keine Propagandisten wie Horst Mahler oder Ulrike Meinhof hervorbringen, die zur Vermittlung von Theorie fähig sind, werden sie einer bloßen „Bonnie und Clyde“-Mentalität verhaftet bleiben: Herausforderung des Staates, Freude an der Gefahr, Lust am Terror — aber zum „revolutionären Krieg“ wird es nicht langen.

Das Schwinden der ideologischen Basis hat dazu beigetragen, daß die inhaftierten Terroristen, unterstützt durch sympathisierende Anwälte, die laufenden Strafprozesse als Forum für politische Agitation zu nutzen versuchen. Die Agitation zielt darauf hin, die Dritte Gewalt durch ständige Provokation zu einer Überreaktion zu verleiten und die Bundesrepublik danach als Unrechtsstaat zu bezeichnen. Diese Strategie wird begünstigt durch das rechtsstaatlich perfektionierte Strafprozeßsystem der Bundesrepublik. Für das Rechtsempfinden des Bürgers ist ein baldiges und in überschaubarer Zeit durchgeführtes Strafverfahren Teil der Gerechtigkeit. Dem scheinen die Dauer der Untersuchungshaft und die zähflüssige Sorgfalt der Prozeßführung zu widersprechen. Dadurch wird die Tatsache verdeckt, daß die Angeklagten selber diese Wirkung herbeigeführt haben.

Ihre Prozeßstrategie ist gescheitert. Die Initiative war im Laufe der Zeit von den Inhaftierten auf die Anwälte übergegangen. Inzwischen wurden zwei Anwälte (Horst Mahler in Berlin und Eberhard Becker in Hamburg) festgenommen. Zwei andere Anwälte (Jörg Lang und Siegfried Haag) sind in den Untergrund gegangen. Drei weiteren Anwälten wurde die Zulassung oder die Vertretungsbefugnis in einem laufenden Strafverfahren entzogen, Kurt Groenewold, Hans- Christian Stroebele und Klaus Croissant, von denen Croissant jetzt zum zweitenmal verhaftet wurde. Dies mindert die Glaubwürdigkeit der

Kampagne im Ausland. Im Inland hatte sie ohnehin keine Resonanz in den Massenmedien gefunden.

Terror ist die Waffe der Schwachen. Terrorismus ist eine Strategie, die auf psychologische Ergebnisse spekuliert. Sie will durch Gewaltakte Furcht verbreiten, die andere veranlassen soll, ein Aktionsprogramm auszulösen, das die Terroristen ihren Zielen näherbringt, zum

Beispiel eine brutale Polizeirepression, die der revolutionären Agitation neuen Auftrieb geben könnte.

Dies ist den Terroristen in Deutschland nicht gelungen. Die Sicherheitsbehörden haben nach anfänglichen Unsicherheiten entschlossen und zielstrebig, aber auch maßvoll reagiert. Einen mittelbaren Erfolg haben die Terroristen gleichwohl erreicht. In der Bundesrepublik werden mindestens hundert Minister, Politiker, hohe Beamte und Richter durch technische Maßnahmen und Leibgarden vor möglichen Attentaten geschützt. Dies bindet etwa 400 Polizeibeamte. Solange man keine unmittelbare Gefahr zu fürchten braucht, scheinen einige der Betroffenen diese Atmosphäre, in der sonst nur südamerikanische Generäle und Potentaten aus dem Nahen Osten leben, sogar zu genießen: das rasante Starten der Begleitfahrzeuge, die professionelle Präsenz der Leibwächter. Außerdem werden zahlreiche öffentliche Einrichtungen wie Flughäfen, Justizgebäude und Bundestag durch Polizei und Bundesgrenzschutz bewacht. Dies alles gehört zur vorbeugenden Sicherheit und hat wahrscheinlich Attentate verhindert.

Probleme können auftauchen dadurch, daß der Staat gezwungen war, eine Sonderpolizei aufzubauen wie die Mobilen Einsatzkommandos (MEK) in den Ländern und die Grenzschutz-Einheit GSK 9 auf Bundesebene. Diese Spezialtruppen verdanken ihre Existenz einem Sonderfall. Durch ihre Ausbildung, Ausrüstung und die Ansprüche, die im Ernstfall an sie gestellt werden, entwickeln sie notwendigerweise einen Esprit de Corps, der in ein falsch verstandenes Elitedenken münden kann. Sie leben überwiegend in Bereitschaft, abgekapselt von der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei. Dem muß man dadurch begegnen, daß man die Beamten — wie in Hamburg — auch zur Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität einsetzt.

Die Bekämpfung des Terrorismus hat weiter dazu geführt, daß im Bundesamt für Verfassungsschutz die Abteilung VII und im Bundeskriminalamt die Abteilung TE aufgebaut wurden. Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es; die Terroristen-Szene einschließlich der Sympathisanten-Zirkel zu penetrieren und zugleich deren offene und manchmal anfallende konspirative Papiere sorgsam zu analysieren, um Trends zu erfahren, Pläne für Aktionen rechtzeitig zu erkennen und Hilfestellung für Exekutivmaßnahmen zu leisten.

Der Verfassungsschutz wird dabei häufig Zwischenmaterial verarbeiten müssen, das in sich nicht abgeschlossen ist und bei Exekutivmaßnahmen nur mittelbar verwandt werden kann. Seine Arbeit ist langfristig angelegt. Demgegenüber sollte das Bundeskriminalamt die abgeschlossenen Erkenntnisse aufbereiten, um sie bei Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und ähnlichen Aktionen verwenden zu können. Sein Ziel ist die Fahndung nach bereits erkannten Terroristen, die sich schon strafbar gemacht haben, und ihre Festnahme.

Eine Polizei-Einheit der Größenordnung und der Position der Abteilung TE unterliegt allerdings der Gefahr, eine gewisse Eigengesetzlichkeit zu entwickeln. Schon jetzt sind Tendenzen deutlich, langfristige nachrichtendienstlich-ähnliche Operationen durchzuführen und in den Computer auch Erkenntnisse von der Peripherie des bloß verbalen Sympathisantentums einzuspeichern. Das kann dazu führen, daß die Polizei von ihrer Verpflichtung zum Legalitätsprinzip abgeht und praktisch nach Opportunitäts Gesichtspunkten handelt. Das derzeitige Potential der deutschen Terroristen ist nicht so groß, daß man das Risiko einer solchen Entwicklung eingehen sollte.

Es handelt sich um etwa 60 Aktivisten, die von rund 2500 Sympathisanten in Westdeutschland und 1500 Sympathisanten in West-Berlin unterstützt werden. Ihre

berechenbare Quantität, ihre mangelhafte ideologische Qualität und die ihr gegenüber gegebene Homogenität der Gesellschaft machen es aussichtslos, daß sie durch Gewaltaktionen eine revolutionäre Situation in der Bundesrepublik herbeiführen können. Diese Chancenlosigkeit verbürgt allerdings nicht, daß es künftig in der Bundesrepublik zu keinen terroristischen Gewalthandlungen mehr kommen wird. . Mit Anschlägen deutscher Terroristen muß auch künftig gerechnet werden, vor allem mit Befreiungsversuchen. Es ist Aufgabe der Sicherheitsbehörden, dieser Gefahr zu begegnen. Das wird zunehmend schwieriger. Die neuen terroristischen Gruppen sind klein. Sie vermeiden die totale Konspiration, die früher die Fahndung erleichterte. Dafür verbindet sie jetzt eine legale Lebenssphäre mit strikter Konspiration bei Aktionen. Man wird sie durch befristete Operationen oder durch polizeiliche Großfahndungen, die 1972 die entscheidenden Hinweise aus der Bevölkerung zur Festnahme der Kernmitglieder der RAF brachten, nicht ausschalten können. Langfristige geduldige Kleinarbeit, und zwar vorwiegend mit nachrichtendienstlichen Mitteln, wird vermehrt Voraussetzung von Aufklärungserfolgen. Sie muß im Vorfeld der kriminellen Anschläge einsetzen.

Indessen ist kaum zu erwarten, daß die deutschen Terroristen vom Ausland unterstützt werden. Ein internationales Netz des Terrorismus mit einer steuernden Zentrale gibt es nicht. Die Kontakte deutscher Terroristen mit ausländischen Terrororganisationen waren bisher sporadisch und punktuell. Es waren nur Versprengte, die sich „Carlos“ Ramirez in Wien und einer linksextremistischen Palästinenserorganisation in Entebbe zur Verfügung gestellt haben.

Unterschiedliche Wurzeln und auseinanderlaufende Interessen anderer europäischer terroristischer, maoistischer oder extremistisch-nationalistischer Gruppen erschweren auch für die Zukunft gemeinsame Aktionen. Schon die Kooperation von Aktivisten verschiedener Nationalität und gleicher ideologischer Überzeugung wie bei den Einbrüchen in Schweizer Waffenlager in den Jahren 1972 bis 1974 bedurfte längerer Vorbereitung. Ähnliche Vorbereitungshandlungen dürften durch das inzwischen verschärfte Überwachungssystem der europäischen Sicherheitsbehörden — vor allem im grenzüberschreitenden Verkehr — rechtzeitig entdeckt werden.

Die Uganda-Expedition, die in erster Linie palästinensischen Zielen dienen sollte, ist gescheitert. Es ist kaum zu erwarten, daß die Palästinenser danach eine Aktion gegen deutsche Einrichtungen unternehmen werden, um zum Beispiel die Freilassung der Stammheim-Insassen zu erreichen. Die Palästinenser haben nationalistische Ziele; diese können sie nicht durch eine wenig aussichtsreiche Operation aufs Spiel setzen, die anderen als ihren Interessen dienen würde — also weder durch eine Operation gegen die Bundesrepublik noch in der Bundesrepublik. Dies zeigt auch die Tatsache, daß sie bisher keine Aktionen zu Gunsten der japanischen Roten Armee durchgeführt haben, obwohl sich Mitglieder dieser Terroristengruppe im Jahre 1972 den Palästinensern für ein Attentat im Flughafen Lod (Tel Aviv) zur Verfügung stellten, dem 26 Personen zum Opfer fielen.

Die Abwehr wird auf die Dauer nur Erfolg haben können, wenn man die Terroristen auch in der Aktion selbst bekämpft. Terrorakten muß man dadurch begegnen, daß man sich weigert, das zu tun, was die Terroristen erwarten.